
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 1
Datum 28. Januar 2015

5 1.100. Gemeinderat

Anzahl Mitglieder des Gemeinderates

Präsidentin: Das Eintreten auf dieses Geschäft ist vorgegeben, die GPK hat das Wort.

Marianne Pfister, GPK: In der Beilage 1 ist in der hintersten Spalte ein Fehler enthalten: Die den Parteien zugeschriebenen Sitze eines 5er-Gemeinderats ergeben zusammengezählt nur 4 Sitze; die der SP als damals stärkster Partei zugeschriebene Sitzzahl (1) kann nicht stimmen.

Präsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Ich möchte der GPK für den Hinweis danken, das ist absolut richtig. Dort hat sich ein redaktioneller Fehler eingeschlichen. Richtigerweise hätte die SP bei der Wahl 2004 bei einem Fünfergremium Anspruch auf zwei, und nicht, wie irrtümlicherweise geschrieben ist, auf nur einen Sitz.

Per 1. Januar 2013 trat die heutige Behörden- und Verwaltungsorganisation in Kraft. In Zusammenhang mit dieser Reorganisation hat der Gemeinderat damals dem Parlament zugesichert, sich zur Frage der Anzahl Gemeinderatsmitglieder in der neuen Legislaturperiode erneut zu befassen wird. Aus diesem Grund legt Ihnen der Gemeinderat heute Abend diesen bewusst kurz gehaltenen Bericht zur Kenntnisnahme vor.

Eine allgemein gültige oder ideale Lösung der Organisationsform für bernische Gemeinden in unserer Grösse gibt es per se nicht. Die unterschiedlichen Formen haben sich sowohl aus den historischen Gegebenheiten wie auch aus politischen Abwägungen entwickelt. Weder aus der verwaltungswissenschaftlichen noch betriebswirtschaftlichen Forschung und Lehre finden sich konkrete "beste Lösungen" wie eine Gemeindeexekutive optimal zu organisieren ist. Wenn die Wissenschaft keine exakte Auskunft geben kann, können Vergleiche mit ähnlichen Körperschaften annäherungsweise Auskunft, beziehungsweise Anlehnungspunkte für die eigene Gemeinde geben. Wie der angefügte Gemeindevergleich aufzeigt, verfügt die grosse Mehrheit der vergleichbaren bernischen Gemeinden über eine siebenköpfige Exekutive.

Die Anzahl von sieben Mitgliedern gibt jedoch nicht einzig aufgrund der Vergleichbarkeit Sinn, sondern auch aufgrund der gewählten Aufgabenzuteilung. Bei der Aufgabenzuteilung wurde in Zollikofen versucht, den Grundsätzen des Sachzusammenhanges, des politischen Gewichts und der gleichmässigen Verteilung der Arbeitslast und der Führungsverantwortung Rechnung zu tragen. Seitens des Gemeinderates können wir heute sagen, dass sich die Behörden- und Verwaltungsorganisation 2013 bewährt hat. Es gibt von Seiten Gemeinderat keinen Handlungsbedarf, die Anzahl auf fünf zu reduzieren.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Bruno Vanoni, GFL: In Bezug auf die Anzahl Gemeinderatsmitglieder kann ich es eigentlich kurz machen: Die GFL-Fraktion ist mit dem Gemeinderat einig, dass die Zahl nicht verkleinert werden soll – und zwar vor allem aus zwei Gründen: Eine Verkleinerung würde die Arbeitsbelastung der einzelnen Gemeinderäte und Gemeinderätinnen erhöhen. Und vermutlich auch die Vertretung kleinerer Parteien gefährden. Wir sind der Meinung, dass ein vielfältig zusammengesetzter und breit abgestützter Gemeinderat von Vorteil ist.

Das Gleiche gilt übrigens auch für den GGR, weshalb wir uns in der kürzlichen Mitwirkung auch gegen eine Verkleinerung des GGR ausgesprochen haben. Wir erwarten nun eigentlich, dass diese Idee aus den gleichen guten Gründen vom Gemeinderat und auch von uns hier im GGR verworfen wird.

Nebenbei spricht der Gemeinderat in seinem Bericht auch noch die Organisation der Verwaltung an. Sein pauschales Fazit, dass sich die Behörden- und Verwaltungsorganisation 2013 bewährt habe und kein Handlungsbedarf bestehe, hat mich nun doch noch etwas gejuckt.

Zum einen sind wir in der GFL nach wie vor der Meinung, dass man damals eine gescheiterte Regelung für das Vollamt des Gemeindepräsidenten hätte beschliessen sollen. Aber ich will jetzt auf das Thema 80- bis 100 Stellenprozente nicht näher eingehen.

Zum andern haben wir in der letzten Zeit immer wieder den Eindruck erhalten, dass bestimmte Verwaltungsstellen und Mitarbeitende überlastet sind. Mit der Behörden- und Verwaltungsorganisation 2013 wurden Aufgaben verschoben, ohne für die Erledigung am neuen Ort zusätzliche personelle Ressourcen bereitzustellen. Entsprechende Feststellungen hat soeben auch der Präsident der GPK in seinem Bericht über die Verwaltungskontrolle 2014 gemacht.

Zeichen der Überlastung der Bauverwaltung haben wir alle wahrnehmen können. Ich nenne nur ein Beispiel: Die Überarbeitung des Umweltkonzepts wird uns nun schon seit fünf Jahren versprochen – in meiner letzten Anfrage dazu hiess es, bis spätestens Ende 2014 werde es fertig sein – aber davon habe ich immer noch nichts gemerkt.

Diese Bemerkung ist nicht als Kritik an die Mitarbeitenden in der Bauverwaltung gemeint, die sicherlich grossen Einsatz leisten. Sondern sie ist ein Hinweis auf ein Problem, das den Gemeinderat als Arbeitgeber beschäftigen muss. Denn auch aus andern Departementen, aus Verwaltungszweigen wie auch aus dem Werkhof sind Stimmen zu hören, dass nicht genug Zeit für die Erledigung von Aufgaben vorhanden sei oder dass Aufgaben zurückgestellt werden müssten, weil neue Arbeiten oder auch sachfremde Arbeiten hinzukämen.

Ein aktuelles Beispiel: Die Finanzverwaltung wird dieses Jahr einen grossen Mehraufwand haben wegen der Einführung des neuen Rechnungsmodells HRM2. Und trotzdem bürden wir ihr noch Mehraufwand auf wegen des Rufs nach Sparmassnahmen und der deswegen erfolgten Einberufung eines Runden Tisches mit allen Parteien.

Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat, wie übrigens wir alle, auch eine Verantwortung trägt dafür, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung ihre Aufgaben zeitgerecht erfüllen können – der Gemeinderat trägt als Arbeitgeber aber auch eine besondere Verantwortung für die Gesundheit der Angestellten. Unseres Wissens lässt der Personalplafond genügend Spielraum, um dort, wo es nötig ist, die Stellenprozente zu erhöhen, allenfalls auch nur vorübergehend.

Hans-Jörg Rothenbühler, BDP: Ich möchte dem Gemeinderat für den Vergleich mit anderen Gemeinden danken, das ist für uns sehr praktisch. Ich wünsche mir ein solches Papier auch zur Frage betreffend der Grösse des künftigen GGR. Bis anhin ist das dort noch nicht drin, aber es wäre sehr hilfreich.

Hans-Jörg Rhy, SP: Viel des Gesagten unterstützt die SP-Fraktion. Wir teilen die Auffassung des Gemeinderates in seinen Hauptargumenten gegen eine Reduktion, nämlich dass man die heutige breitere Abstützung beibehalten möchte, dass das ein Vorteil ist, auch für

die Geschäfte. Und dass eine Reduktion für die verbleibenden Personen ein höheres Pensum bedeuten würde und damit die Kandidatensuche erschwert würde. Insbesondere weil es Nebenämter sind, die neben einem Beruf ausgeübt werden müssen. Beide Punkte decken sich mit dem Ergebnis der Diskussion im Grossen Gemeinderat vor vier Jahren. Am 23. Februar 2011 hatten wir die Motion Buser behandelt, die eine Reduktion auf fünf Gemeinderäte vorschlug. Schon damals kamen wir hier zum selben Ergebnis. Ich danke dem Gemeinderat für diesen Bericht und nehmen ihn so gerne zur Kenntnis.

Ralph George, FDP: Die FDP ist zu diesem Thema gespalten. Rein grundsätzlich sind wir für eine Verkleinerung. Wir sind generell der Auffassung, dass "kleiner" besser und effizienter ist als eben "mehr". Aber andererseits müssen wir auch einräumen, dass die Argumente, die der Gemeinderat aufführt, logisch sind. Sie treffen zu. Die Umwälzung die es bei einer Verkleinerung mit der Ressortverteilung gäbe, wäre im Moment sehr problematisch. Zudem bin ich der Auffassung, dass eine solche Vorlage zum heutigen Zeitpunkt keine Chance hätte, weil es zu Lasten der kleinen Parteien gehen würde und weil man die politische Vielfalt weiter pflegen möchte. Wir nehmen deshalb den Bericht so zur Kenntnis.

Präsidentin: Weitere Voten? Das ist nicht der Fall, die Ratsmitglieder haben das Wort.

Thomas Ackermann, CVP: Wir nehmen den Bericht ebenfalls zur Kenntnis. In den vielen Jahren haben wir die Geschäftspapiere / Unterlagen immer wieder gelobt, aber als wir das gelesen haben, hatten wir den Eindruck, dass es im Vergleich etwas abfällt. Die Argumentationsführung ist etwas dünn, wir haben uns die Freiheit genommen, etwas zu bemängeln an den Unterlagen, nachdem wir sonst andere Geschäfte gelobt hatten.

Präsidentin: Möchte der Gemeinderat etwas sagen? Das ist nicht der Fall. **In Anwendung von Artikel 53 GOGGR wird der Bericht zur Kenntnis genommen.**

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE